

...schränkungen hin-
den Völkern.
51".
...te morgen der mäch-
Schaublag der U. Post.
S 51" noch im Laufe
Der Torpedoboot An-
boot herankam, meldet,
and von der Besatzung
Er glaubt, daß das
t. "Sowie ich an das
des Beobachters mit
meine Kameraden keine
alle wenige Minuten

hältnisse sind so schlecht
die das Unterseeboot
erhalten, zum Dafen

tergeld
uttergleich!

nis, zu dem
kann sich in
nsten Butter
er wie diese



ung „Fide“ gratis

Yorkamt Weistern.

eg-Sperre.

Obere Kleinstadt-
n, sowie die Pesselt
vom 1. Oktober
schließt 9. Oktober
gesperrt.

irkenfeld.

lacht-Schneen,
hühner, Gänse
und Enten,
ückzahl zu kaufen ge-

W. Augenstein,
Herrstr. Nr. 6.

verein.

um Verein noch fern-
halte ich unsere
mlung

0. ds. Mis., nachm.

enfeld, Gräfenhausen,
nach, Conweiler, Pfing-

n 1. Oktober, abends

en 3. Oktober, nach-

ür die auf dem Walde

Oktober, nachmittags

1. Wildbad und Engst-

erwerbe betr. Gesches-

stiftes,

Kollegen dringend not-

macher, Vorstand.

artikel der Nahrungs-

leistungsfähiger Fabel-

rogen- usw. Geschäfte

id, Porch, Galw und

eter

tüchtige und energiefäh-

Angabe des bisherigen

erengen unter Nr. 3076

Bezugspreis:
Halbmonatlich in Neu-
enburg 75 Goldpf. Durch
die Post im Orts- u. Ober-
amtsbezirk, sowie im
sonst. mit Verk. 93 G. Pf.
m. Postbestellgeb. Preise
freibleib. Nachzahlung
vorbehalten. Preis einer
Nummer 10 Goldpf.

In Fällen höh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung ob-
auf Nachlieferung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Ausdruckerinnen
jederzeit entgegen.

St.-Anst. Nr. 24
O. L. - Sp. - Kasse Neuburg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. Mehlhorn Buchdruckerei (Junges u. Senneberg) für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenburg.

Nr. 228.

Mittwoch, den 30. September 1925.

83. Jahrgang.

Deutschland.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund zur Mietpreisfrage.

Stuttgart, 29. Sept. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (D.G.B.) schloß zur Mietpreisfrage folgende Entschließung: Der Landesverband des D.G.B. erhebt gegen die derzeitige Mietpreispolitik scharfen Protest. Die rapide Steigerung der Mieten steht im völligen Widerspruch zu den gebräuchlichen Einkommensverhältnissen breiterer Arbeitnehmerschichten, zwingt zu weiteren unerträglichen Einschränkungen in den notwendigen Ausgaben für Ernährung und Kleidung, schädigt Arbeitskraft und Volksgesundheit. Die überhöhte Mietpreissteigerung stellt weiter eine Gefährdung der auf längere Zeit abgeschlossenen Lohnverträge wie des sozialen Friedens dar und wirkt dem notwendigen Preisabbau entgegen. Diese Politik ist unannehmbar zu verwerfen, als der Landbedarf überwiegend bei und durch die Inflation eine Vermögensverfallung und Steigerung erfahren hat, ferner die Mietpreissteigerung eine einseitige Sonderbesteuerung der städtischen Mieter ist und nur der kleinere Bruchteil des Ertrags dem so notwendigen Wohnungsbau dient. Die im Finanzkreislauf zwischen Reich und Länder vollzogene Mietpreissteigerung zur Deckung allgemeiner Staatsbedürfnisse der Länder ist eine unsoziale und unbaltbare finanzielle Sonderbelastung der in ihrer Mehrheit minderbemittelten und bescheidenen Mieter. Wollen die Ministerien solche Mietpreissteigerungen bestimmen, so müssen sie vorher den Weg freimachen, um der Arbeitnehmerkraft die entsprechende Erhöhung ihres Einkommens zu ermöglichen. Die Befreiungen nach Abzug und Befreiung des Mietzuschusses sind nachdrücklich zurückzuweisen.

Angebot eines französisch-türkischen Sicherheitspakts.

Berlin, 29. Sept. Wie dem „Volksanzeiger“ aus Konstantinopel gemeldet wird, soll Frankreich der Türkei den Abschluß eines französisch-türkischen Sicherheitspakts angeboten haben. Darnach wäre Frankreich bereit, der Türkei im Falle von Angriffen und in Konstantinopel erhebliche politische und territoriale Angelegenheiten zu machen und die Türkei auch in der Ostfrage zu unterstützen. Frankreich fordert dafür aber eine türkische Garantie des französischen Mandatsgebietes in Syrien und darüber hinaus eine engere Anlehnung der Türkei an Rumänien und Polen.

Ausland.

Paris, 29. Sept. Sauerwein will die deutsche Erklärung zur Kriegsschuldfrage als bedeutungslos frangehen.

Warschau, 29. Sept. Der polnische Generalkonsul, General Haller, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

London, 29. Sept. England schafft sich nach dem Muster Deutschlands eine Technische Rethike. Um kommenden Streik wirksam zu begegnen, wurde eine Organisation zur Aufrechterhaltung der Versorgung“ begründet, die im Notfall unter Leitung der Regierung die lebenswichtigen Betriebe für Rohstoffe, Kohlen- und Lichtversorgung sowie den Transport aufrechterhalten soll.

Schacht reist nach Amerika.

London, 27. Sept. Der Berliner Vertreter des „Manchester Guardian“ meldet: Schacht fährt nach New York, um eine Reihe von Anleihen für deutsche Konzerne und Gemeinden abzuwickeln. Er werde jedenfalls sehr erfolgreich sein, da er in weitem Umfange die amtliche amerikanische Billigung habe. Das zeitliche Zusammenfallen mit den Verhandlungen über den Sicherheitsvertrag sei kein bloßer Zufall. Das amerikanische Interesse am Vertrag sei sehr groß, politisch wie finanziell. Der Vertrag werde zusammen mit dem Dawesplan als ein höchst wichtiger Schritt für die Befriedung Europas betrachtet. Ein großer Teil der amerikanischen Hochfinanz sei mit amtlicher amerikanischer Unterstützung entschlossen, Deutschlands wirtschaftliches Gedeihen wieder herzustellen, und wenn man heute auch allgemein bezweifelt, daß der Dawesplan in seiner heutigen Form vollkommen durchgeführt werden könnte, so möchte ihn die amerikanische Finanz doch zu einem so großen Erfolg wie irgend möglich machen, weil der Plan zu einem großen Teil amerikanisches Produkt sei. Jedenfalls habe Schachts Reise weitgehende Bedeutung.

Aus Stadt Bezirk und Umgebung.

Neuenburg, 30. Sept. Zu dem Konzert der Neuenburger Musikschule, auf welches wir neulich schon hingewiesen, liegt nun heute auch das Programm vor (siehe Informationsblatt) und wir stellen fest, daß es ein reichhaltiges Konzertprogramm ist, welches jeder Berufs- und Amateurliebhaber der Musik zu schätzen weiß. Wie das nun die kleine Schar bewältigen wird, dürfte wirklich von Interesse sein. Da steht ein C. W. v. Weber (Violoncelle), ein Mascagni (Cavalleria Rusticana) und andere Meister; die haben nicht leichtes Geschick. Das ist schwere Musik, aber schön. Eine gewaltige Aufgabe, voll unendlicher Mühe und Arbeit für den Leiter der kleinen Schar, der es unternimmt, solche Werke mit seinen Schülern aufzuführen. Das ist schon große Arbeit für „Große Leute“, nun erst für „Kleine“. Die im Programm mit einem Kreuz versehenen Werke sind in der Besetzung, wie sie das hies. Schüler-Orchester hat, nirgends erhältlich und wurden sämtlich erst von Herrn Musikdirektor Müller neu instruiert und umgearbeitet und dann erst eingeübt. In Anbetracht des vorher Erwähnten dürfen wir nur mit Spannung dem Verlauf des Konzertes entgegen sehen und wünschen den kleinen Künstlern ein volles Gelingen, daß sie auch für fernere Schaffens ermutigt werden.

Neuenburg, 29. Sept. Im Sonnenaal sprach Rontogabend vor einer zahlreichen Zuhörerschaft, namentlich aus dem oberen Enztal, auf Veranlassung der Ortsgruppe Neuenburg des Al-

deutschen Verbandes, Karl Grube über das Thema „Das entmannte Deutschland“. Herr Grube eröffnete den Abend mit einem herzlichen Willkomm an alle Erschienenen unter Hinweis auf die ruhmreiche Vergangenheit der Ortsgruppe, auf die wenig ruhmreiche der Gegenwart und in der Hoffnung auf eine ruhmreichere Zukunft. Herr Grube, von früher gut bekannt, wurde über die heutigen Zustände informiert, Zustände, deren Befreiung wir alle wünschen und zu deren Befreiung der Aldeutsche Verband die Wege zeige.

In fünfteiligen, ungemein packenden Ausführungen verbreitete sich der Hauptredner über das angekündigte Thema, wiederholt von Beifallsstürmen unterbrochen. Trübe wie der Himmel unserer Gegend sei der Himmel der Politik. Er wolle den heutigen Abend nicht etwa unter das Zeichen einer Partei stellen, denn der Parteibetrieb in Deutschland nehme Dimensionen an, die erschreckend sind. In Deutschland sollte man eingebert der Worte Ernst Wildenbruchs sein, der da sagt: Jetzt ist nicht Zeit zu fühlen, nicht Zeit für die Partei, jetzt ist es Zeit zu fühlen, daß ein das Schicksal sei: Das Land, aus dessen Schoß uns Wort und Geist erstand, das heilige, das große, das deutsche Vaterland. Das Vaterland über die Partei. Wenn alle Deutschen dies beherzigt hätten, dann wäre aus der 9. November 1918 erspart geblieben, der schwarzeste Tag der deutschen Geschichte. Kurz schilderte Redner, der von den Franzosen ausgewiesen wurde, die erhebenden Tage des Reichs Hindeburgs im Ruhrgebiet. Hier bei uns, fern von der Besetzung, könne man sich keinen Begriff machen von der Verheerung, die in dem Augenblick Platz griff, bei allen ohne Unterschied der Partei, als die letzte französische Trifolore aus Essen verschwand. Welch ein Wandel der Stimmung durch die französische Besetzung! So waren dort die Franzosen nur ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Die Tausenden von Arbeitern, welche dem Reich Hindeburgs mit so vielen Tausenden anderer Schicksalsgefährten, auf den Wägen und Straßen Hindeburgs erwarteten, sie haben an dem Tag aus Trauer, weil sie bisher von den Franzosen verboten waren, jeder ein schwarz-weiß-rotes Fähnchen in der Hand gehabt. Als Hindeburg auf der Rampe des Eiserne Halbmonds erschien, brach sich stürmischer Jubel Bahn bei den vielen Tausenden, die entzündeten Scheitels ihm erwarteten, man hatte zum ersten Male seit jenem 9. November 1918 das Schauspiel einer einmütigen Gemütsbestimmung durch die Gemein-schaft. Wenn die Franzosen das ganze deutsche Vaterland besetzt hätten, dann wären sie die Erzieher zum deutschen Nationalgefühl geworden. Betribend ist, daß im nicht besetzten Hinterland das Gegenteil der Fall ist, daß die Parteien sich zerstreuen und daß man dabei die gemeinsamen Anliegen des Vaterlandes vergesse. Mit einem warmherzigen Abwehr wendete der Redner sich an die Frauen, die man so nötig braucht beim Wiederaufbau unseres geschundenen Vaterlandes. Er schloß auf eine Episode an, als Frauen und Studenten aus Österreich den Aldeutschenkaiser Hindeburg, den getreuen Erben des deutschen Volkes, im November 1905 besuchten. Die Deutschen von heute hätten vergessen, daß sie ein Hundertmillionen-Volk wären, daß 40 Millionen außerhalb der schwarz-rot-goldenen Grenzpfähle wohnen und sich nach der Wiedervereinigung nach einem Groß-Deutschland sehnen. Im Jahr 1896 habe der deutsche Reichstag Hindeburg zu seinem 80. Geburtstag den Ehrenruf verweigert. Es war dieselbe Konstellation, die uns seit dem 9. November 1918 beehrte die schwarze, die rote, die goldene Internationale. Damals war es ein Engländer, der unter dem Eindruck dieser Gräueltat den Reichstag schrie: Welch ein Volk sind diese Deutschen! Sie haben ihrem größten Sohn, den das 19. Jahrhundert hervorbrachte, den Gruß verweigert. Wir Briten wären stolz, wenn Hindeburg ein Engländer wäre, wir würden ihm ein Denkmal in der Westminster Abbey errichten und jeder Engländer würde den Hut davor ziehen. Und die Deutschen, die ihm alles verdanken, die Erfüllung jahrelanger Sehnsucht nach einem einigen deutschen Reich, die bringen es aber sich, daß drei Reichstagsparteien ihm den Ehrenruf zu seinem 80. Geburtstag verweigern. Wenn es ein Volk gibt, das unaufrichtig ist, dann sind es diese Deutschen, und ich bin in diesem Augenblick stolz, daß ich ein Briten bin; wäre ich ein Deutscher, so würde ich mich über diese Handlung des deutschen Reichstags schämen. Was dieser Briten sagte, ging als Schrei damals durch die deutschen Gassen, und da waren es auch die Frauen. Österreich, die in den Schloßwänden gegen und dem Reichstagsgebäude bewiesen, daß die Treue kein leerer Wahn ist. In ergreifenden Worten schilderte Redner das, was sich bei diesem Besuch abspielte, die jubelnde Begeisterung der vielen Besucherinnen und Besucher, als der Alte vom Schloßmaße zu ihnen trat und von ihnen im November einen Strauß blauer Kornblumen, das Symbol der Treue, entgegennahm, eine halbstündige Stunde, unvergessen denen, die sie miterlebten, wie tiefe Rührung Hindeburg erfaßte, wie das Wasser in seine blauen Augen trat und er eine Rede aus dem Stegreif hielt, prophetischen Inhalts für das deutsche Volk. Die Weiblichkeit der deutschen Geschichte zeige, daß der deutsche Michel das Mähd nicht ertragen kann. Unter Hinweis auf die Zeit des forschenden Erobers, die Freiheitskämpfe von 1813 und was das Jahr 1870 brachte, sprach Hindeburg damals: Gütten wir uns vor dem nächsten Zusammenbruch; denn es wird noch einmal die Zeit kommen, wo wir das, was wir auf blutiger Waischaft errungen, gegen unseren Erbfeind verteidigen müssen. Wenn diese Zeit anbricht, möge sie nicht ein heimliches Geschehnis finden sondern ein solches, das anerkennt die Taten von 1870/71 und würdig ist des Geistes unserer Vorfahren von 1813. Aber ich fürchte, sagte Hindeburg, daß drei Dinge dem deutschen Volk zum Verhängnis werden, das ist der Geist des Materialismus, des Materialismus und des Marxismus. Der Tanz um das goldene Kalb hat alle erfaßt, Millionen von Arbeitern durch den Marxismus und die Internationale dem Vaterland entfremdet, das deutsche Bürgertum ist vom Materialismus und Materialismus ange-

fressen. Wenn das deutsche Volk in dieser Prüfung verfaßt, dann wird es keinen so großmütigen Gegner finden wie wir es 1870/71 den Franzosen gegenüber waren, der Feind wird es zum Weichbluten bringen. Es war erschütternd, wie Hindeburg diese prophetischen Worte sprach und sich an die deutschen Frauen wandte, als an die Mütterinnen der kommenden Geschlechter und sie ermahnte, die deutschen Ideale hochzuhalten und wie er weiter sagte, es gebe drei Dinge, die uns retten können: die vaterländisch geklimate Mutter, die nationale Schule und die deutsche Kirche. Ich sehe, schloß Hindeburg, an der Schwelle jener Zeit, wo ich all das, was ich prophezeie, nicht mehr erleben werde, aber einen Wunsch habe ich, nach zwanzig Jahren möchte ich wieder aus dem Grabe steigen und sehen, was aus Deutschland geworden ist. Das sagte Hindeburg 1896, zwanzig Jahre später lag in Trümmern, was für eine Einheit aufgebaut schien, weil Materialismus, Materialismus und Marxismus die Gemüter verfaßte. Er, Redner, sage das, weil wir heute vor dem schwersten Winter unserer 2000-jährigen Geschichte stehen. Die Selbstverleugung und Gleichgültigkeit des deutschen Bürgertums sei himmelschreiend. Es kümmert sich zum großen Teil nicht um das Vaterland, jeder Deutsche spiele eine Vogelstrauchpolitik und stecke den Kopf in den Sand, um nicht gesehen zu werden. Wir haben etwas verloren, das uns früher auszeichnete: den Völkernmut, Hindeburg nannte es Mangel an Zivilcourage. Das ist die Signatur unserer Regierenden, die seit November 1918 die Führung übernommen haben. Sie müßten die Geschehnisse von der hohen vaterländischen Warte betrachten nicht durch die Parteibrille, die nicht den Akt ab-lagen wollen, auf dem sie seit 1918 sitzen. Das liebe deutsche Bürgertum erkenne es nicht, daß wir im 11. Jahre des Krieges leben. Denn die Geschehnisse auf dem linken Rheinufer, in der Pfalz, im Saargebiet seien nichts anderes als ein Krieg, der Eroberungswille unserer Feinde sei lebhafter denn je und das Wort eines Clemenceaus von den zwanzig Millionen Deutschen, die zu viel seien, habe immer noch seine Gültigkeit, auch das andere, daß die Franzosen den Krieg nur mit anderen Mitteln fortsetzen, sei zur echnen Wahrheit geworden. Auf der Tagung der Auslandsdeutschen in Domburg land Redner, daß alle diese Auslandsdeutschen, wo immer sie auch lebten, viel mehr politi-schen Verstandnis für die Eroberungspolitik unserer Feinde aufbrachten, als unsere Reichspolitiker. Sie sehen alle ein, daß diese Zustände und das Ausspielen der Parteien gegen einander entwürdigend ist. Alle diese Vertreter der Auslandsdeutschen hatten einen viel klareren Blick für die politischen Geschehnisse, als die gesamte Reichsregierung von heute, sie sagten übereinstimmend, in welcher Welt lebt denn die Berliner Wilhelmstraße? Wollte sie, die Franzosen wollen sich mit Deutschland versöhnen? Was seid ihr doch für törichte, alberne Wahn-sinnen! Die Franzosen haben den fanatischen Vernichtungswillen und werden ihn beibehalten, überall, wo es deutsche Minder-keiten gibt. Dieser Vernichtungswille wirkt sich aus durch Verdrängung der Minderheiten, Auslöschung der deutschen Schulen, Unterdrückung des germanischen Wesens. Der fran-zösische Vernichtungswille ist es, der in Polen, in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien, Italien, im Panat usw. diese Schoten beeinflusst, die germanischen Minderheiten zu unterdrücken, ihnen das deutsche Herz aus dem Leibe zu reißen. Dabei leben wir im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Und in derselben Stunde soll die deutsche Regierung einen Sicher-heitspakt eingehen und soll sich in den Völkerbund belangen lassen. Und unsere Demokraten sagen, wer gegen den Sicher-heitspakt ist, der ist gegen unsere Partei. Demgegenüber sei zu sagen, viel wichtiger ist das Leben eines Hundertmillionenvolkes. Ein Martin Luther habe einmal das Wort gesprochen: „Die Feind ich, ich kann nicht anders, Gott beise mir, Amen!“ Unsere Regierenden von heute oder sagen: „Ich kann auch anders“, und weil sie auch anders können, bringen sie es nicht fertig, wie ein bekannter irischer Politiker in der „Morning Post“ schreibt, den Forderungen der Feinde ein Nein entgegenzustellen. Das wissen die Feinde der Deutschen, schreibt der irische Politiker weiter, ganz genau, darum kommen sie immer mit neuen For-derungen. Die Deutschen sind selbst schuld an ihrem Unglück, weil sie nicht den Mut finden, den Forderungen ihrer Feinde ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen. Während der Feind am Rhein, in der Pfalz und im Saargebiet steht, rufen die Deutschen der Feind steht rechts. Wir sind von der Einigung der Deutschen heute weiter entfernt denn je. In Amerika gibt es deutsche Klubs und Schwabensvereine, aber einen großen deutschen Klub, der alle umfaßt, gibt es nicht. Wenn zwei Deutsche auf eine Insel verlagert werden, gründet jeder einen Verein und der eine heißt ihn Harmonie und der andere Ein-tracht. Wer glaubt, daß die Franzosen es mit Sicherheitspakt und Völkerbund ehrlich meinen, der soll sich sein politisches Schulgeld wieder geben lassen. Es gebe bei uns Vantasten, die glauben, sobald wir im Völkerbund sind, wird das linke Rheinufer wieder frei. Wenn einer das glaubt, dann glaubt er auch, daß in Neuenburg Datteln und Völkern wachsen. Wer die Wunde der Franzosen kennt, dieser Völkermörder, dieser Völkerverderber, der glaubt nicht an ihren Versöhnungswillen. Trübe habe die Kette aus dem Saal gelassen und gesagt, die Deutschen glauben, daß wir vom Rhein gehen. Der Rhein ist die Sehnsucht der Franzosen seit Jahrhunderten, und wenn die Deut-schen glauben, sie können uns mit einer Welle, mit Vertreibungen vom Rhein wegbringen, dann antworten wir jedem, der uns fragt, wir bleiben für immer am Rhein. Und demokratische Blätter sagen, wir müßten uns an den Verhandlungstisch setzen und durch Kompromisse den Weg zur Verständigung finden; wir müßten europäisch denken, aus unserer deutschen Haut her-ausfahren. Kein Franzose, kein Engländer und Amerikaner, kein Volk der Erde gibt seine Heimat preis Europa zuliebe, aber der Deutsche, das Volk der Dichter und Denker, verliert immer den Boden unter den Füßen und baut auf den Versprechungen der Feinde ein Wolkenkuckucksheim und denkt, wenn einmal der

Anzeigenpreis:
Die eins. Zeile oder
deren Raum im Bezirk
20, außerh. 25 Goldpf.,
Rekl.-Zeile 80 Goldpf.,
m. Inf.-Steuer. Kollekt.-
Anzeigen 100. Zuschlag.
Offerte und Anstufung
ertheilt 20 Goldpf.
Bei größeren Aufträgen
Kassat, der im Falle des
Nahverkehrs hinfällig
wird, ebenso wenn
Zahlung nicht innerhalb
3 Tagen nach Rechnungs-
datum erfolgt. Bei Tarif-
veränderungen treten so-
fort alle früheren Ver-
einbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge
wird keinerlei Gewähr
übernommen.

Kreisarchiv Calw

Auto im Rück-
en mit der Leiche

Die- und Schlacht-
24 (4) Bullen, 250
Lühe, 617 Kälber,
17. Lebendgewicht:
49 (uno.), Bullen
(uno.), Jungbullen
(uno.), Kälber 1. 33
Kälber 1. 87-90
Kälber 2. 82-88 (uno.),
Kälber 3. 96-97 (91
86), Mark. Ver-

wird mitgeteilt:
Hindenburg im
seinem Besuch

3.) hat eine kleine
um fragt, ob es
Oberamts Oberst
senholten der Ge-
halten.

den französischen
wegen Vergewalt
vom 5. Mai 1922
einf vom 1. Aug.
Markt einen Tag
Krieg einen Tag
reden eingezogen
zu tragen.

lich infolge Her-
größen und be-
au, in Brand. In
schlich Nahrung,
Feuerwehr das Ge-
Die freiwillige So-
berliegenden Haus-
rigger Abgaberbäl-
deinschränkungen

Pension Kohnaler
und bis auf die
des der 30 Zimmer
Sonn ist alles ein
und Dienstbüchsen,
der Not in Sicher-

Streck der Arbeiter
schlechts des gestie-
sperrung und Ent-
sprechen.

den, geht aus den
Verfahren
unmöglich zu
den.
ik H.-G. hat in
Möglichkeit gegen
ausgefordert.
den Rücktritt des
bei dieser Gelegen-
geleisteten Dienste

beischloß, die Feid-
wegen ablaufen soll.

ois, der in frühe-
erhöht Minister-
und Senat führte,
eids war ehemals
heim Bollerband,
glischen Arbeiter-
die die Mitglie-
ke einzutreten.

sten der Zentralkon-
nagische 30 Prozent
ehe der Partei" ver-
geschlossen oder mit
en.

schulbungen.

hat gekoren einem
Bauhaltung Keme-
material verwendet
kener sagte: Wir
nutzen, genommen.
Material genom-
schiff bei dem Flug

rtung des Demen-
um über den Be-
fessheit der Los-
eur des Flug: ab-
die Ueberfahrt des
bei der Ueberfahrt

ung.

berischen Elektro-
Otto Mittag an-
tner aus Weihen-
schmid aus Kolber-
gericht wegen Ver-
bedachtgebendes zu
gaben hatten die
ganze Reihe von
s Elektroabnehmer-
einzuzahlen. Für
nicht vorhanden,
wegen fortgeschritten
des auf eine Geld-
des Vertrags war-
Verhandlung nicht

undgebungen

ent hat aus Je-
nischen erhalten, daß
ein bevorstehenden

präsident, der seinen Geburtstag in aller Stille auf dem Lande
verbringen wird, bittet in dankbarer Anerkennung der ihm
angebrachten freundschaftlichen Gesinnung, von diesen Ehrun-
gen, insbesondere der Beflaggung Abstand zu nehmen. Zu die-
ser Bitte sieht sich der Herr Reichspräsident außer durch ver-
schiebene Gründe durch die Erwägung veranlaßt, daß die ange-
brachte Beflaggung zu parteipolitischen Auseinandersetzungen füh-
ren und neuen Zwist in unser Volk tragen könnte, dem gerade
die Einigkeit und Geschlossenheit besonders not tut.

Zum Preisabbau.

Berlin, 29. Sept. Die Reichsregierung wird in der nächsten
Zeit noch einmal zur Frage des Preisabbaus öffentlich Stellung
nehmen und darauf hinweisen, daß die Aktion der Regie-
rung bereits verschiedentlich gute Früchte getragen habe. Die
Erklärung wird feststellen, daß die Güterpreise der Reichsbahn
für Lebensmittel herabgesetzt worden sind, daß die Preise für
die Textilien herabgesetzt worden sind und daß auch auf anderen Ge-
bieten, zum Beispiel bei Rohstoffen, Fetten, Ölen und Automobi-
len Preisermäßigungen vorgenommen worden seien. Die Regie-
rung wird in ihrer Grundhaltung zu verstehen geben, daß sie die
Aktion weiter fortzusetzen gedenke und namentlich den Kartel-
len gegenüber zu weiteren durchgreifenden Maßnahmen schrei-
ben werde.

Der Kampf der Reichsregierung gegen die Kartelle.

In einem Artikel des „Berliner Tageblatts“ über die Preis-
ermäßigung wird mitgeteilt, daß bis jetzt über 500 Anträge auf
Entlassung über die Zulassung der Kündigung eines Kartel-
vertrages aufgrund des Art. 8 der Kartellverordnung dem
Kartellgericht unterbreitet worden sind. Es ist dagegen einge-
schritten worden, daß die Kartelle über Händler und Gewerke-
schaften, die sich zu den von den Kartellen vorgeschriebenen
Preisbindungen nicht verstehen wollten, eine Sperre verhängt
haben. Nach gegenwärtigen Umständen ist vorgeschrieben worden,
die Kartellverträge zu kündigen, weil sie die Marktpreise unter-
stufen.

Disziplinarverfahren gegen Dr. Jänide.

Berlin, 29. Sept. Einer Korrespondenzmeldung zufolge
wird am 1. November vor dem Reichsdisziplinargerichtshof die
Verhandlung gegen den Attaché beim Auswärtigen Amt, Dr.
Jänide, den Schwiegerohn des verstorbenen Reichspräsidenten
Hert, wegen seiner Neuerung gegen Reichspräsident von Hin-
denburg stattfinden. Den Vorfall führt Senatpräsident Dr.
Reichmann vom Kammergericht. Die Verteidigung Jänides
hat in der Hand des Rechtsanwalts Wertbauer.

Preisermäßigungen in Berlin.

Berlin, 29. Sept. Nachdem heute vormittag Polizeiprä-
sident Orsini auf Einladung des Reichsanwalts an einer Ver-
sammlung über die Preisermäßigungen teilgenommen hatte,
und heute nachmittag im Polizeipräsidium unter dem Vorsitz
des Polizeipräsidenten eine Sitzung mit den leitenden Exekutiv-
beamten der mittleren Preisprüfungsstellen über eine Senkung
der Lebensmittelpreise statt. Es wurde wegen der hohen Preis-
steigerungen auch bei anderen Gegenständen des täglichen Be-
darfs die Ergreifung weiterer Maßnahmen beschlossen. Zu-
nächst wurde angeordnet, daß die jetzt schon bei den Reichs-
preisen durchgeführte Kontrolle auch auf das Brot ausgedehnt
werden soll und zwar hinsichtlich des Gewichts des Brotes. Weiter
soll die Preisgestaltung auf den Obst- und Gemüsemärkten kon-
trolliert werden.

Der Wortlaut der deutschen Note.

Berlin, 29. Sept. Der amtliche englische Textspruch ver-
öffentlichte bereits um 9 Uhr abends den Wortlaut der deutschen
Note auf die Einladung der Alliierten zur Sicherheitskonfe-
renz. Die deutsche Antwort hat danach folgenden Wortlaut:
Die deutsche Regierung hat die Ehre festzustellen, daß sie den
Wunsch der verbündeten Regierungen, die Verhandlungen we-
gen des Abschlusses eines Sicherheitspaktes nicht in die Länge
zu ziehen, vollkommen teilt. Die deutsche Regierung ist eben-
falls überzeugt, daß die endgültige Regelung aller schwebenden
Fragen durch die Zusammenkunft der Regierungsvertreter der
beteiligten Staaten beschleunigt wird, und daher erklärt sie sich
in Uebereinstimmung mit ihrer Note vom 27. August mit dem
Vorschlag einverstanden, daß diese Zusammenkunft unverzüglich
zustandekommen soll. Sie schlägt den 3. Oktober als Tag für die
Zusammenkunft vor, die in der Schweiz stattfinden soll.

Rußland und Polen.

Warschau, 29. Sept. Bei einem von Außenminister Strzyński
zu Ehren Tischlerins veranstalteten Essen sagte Außen-
minister Strzyński, er sei sehr davon überzeugt, daß der Besuch
Tischlerins zur Festigung der Beziehungen der beiden Staa-
ten, die auf Vertrauen beruhen, beitragen werde. Er berge die
Hoffnung, daß in den Unterredungen eine Verständigung er-
reicht werde, die den Interessen der beiden Staaten entspreche.
Polen habe den unabweisbaren Willen, seine Anstrengungen nicht
wegen irgend jemanden zu richten, sondern der großen Frieden-
sidee zu dienen. Er kündigte sodann seinen Gegenbesuch in
Moskau an. Tischlerin antwortete, indem er für den freund-
lichen Empfang dankte. Er sagte, daß er sich in der Unter-
redung mit Strzyński von der Freundschaft der polnischen Po-
litik überzeugt habe. Mit dem Gedanken der Friedenspolitik
werde die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwi-
schen den beiden Staaten gleichen Schritt halten, was eine sehr
wichtige Konsolidierung der politischen Verhältnisse sei. Mit
Strzyński sei der Ansicht, daß beide Staaten Friedensfaktoren
erster Ordnung seien.

Kleine Verschiebung der Minister-Konferenz.

Paris, 29. Sept. Briand teilte nach dem Ministerrat den
Pressevertretern mit, es sei jetzt bestimmt, daß die Minister-
konferenz in Locarno stattfinden. Briand fügt hinzu, er werde
Samstag nach Locarno abreisen. Das amtliche Communiqué
über den heutigen Ministerrat erwähnt die Unterredungen
zwischen dem deutschen Botschafter von Hoesch und Briand mit
seinem Wort. Es heißt nur am Schluß des Communiqués,
Briand habe dem Ministerrat dargelegt, „unter welchen Umstän-
den die Genfer Völkerbundkonferenz zum Abschluß gelangte und
die Sicherheitspaktkonferenz der Außenminister in Locarno be-
gann.“ Im übrigen erwähnt das Communiqué in optimisti-
schen Wendungen die Lage in Warschau und Berlin, sowie die
Verhandlungen von Washington. Auch die Abendblätter er-
wähnen den heutigen zweiten Besuch des deutschen Botschafters
bei Briand mit seinem Wort. Das Schweigen des Louis d'Orléans
über dieses Ereignis beweist, wie sehr Briand bemüht ist, einen
Alarm in der französischen Presse vor Beginn der Konferenz
zu verhindern.

Die Antwort Briands.

Paris, 29. Sept. Die beiden Forderungen der Reichsregie-
rung in der Frage der Kriegsschuld und der Räumung der Rhi-
ner Zone wurden von Briand mit folgender Note, die heute dem
deutschen Botschafter übergeben wurde, beantwortet: Die Re-
gierung der Republik war glücklich die Antwort zu empfangen,
mit welcher die deutsche Regierung ihre Zustimmung zu der
Konferenz in Lugano bekannt gab. Sie nimmt zur Kenntnis,
daß diese Zustimmung keinerlei Vorbehalte enthält. Die münd-

lich in die Verhandlungen von Lugano eingreifen können, denn sie
haben in keiner Beziehung zur Erörterung des Sicherheitspakt.

Der Kriegsschuldübertrag.

Was die erste dieser Bemerkungen anlangt, so ist die fran-
zösische Regierung der Ansicht, daß die Frage durch den
Versailler Vertrag geregelt wurde (1), in dem, wie dies von der
französischen Regierung in ihrer Note ausdrücklich bekannt ge-
geben wurde, die Verhandlungen über den Sicherheitspakt keine
Veränderung herbeiführen können.

Räumung und Entloftung.

Was die Räumung der Rhiener Zone und die Frage der
Entloftung Deutschlands anlangt, an welche diese Räumung
gebunden ist, so erinnert die französische Regierung daran, daß
es nur von Deutschland selbst abhängt, die Lösung durch die
Durchführung dieser Verpflichtungen anzubahnen und zu be-
schleunigen. Und in dieser Hinsicht kann sich die französische
Regierung nur auf die letzte Note vom 30. Mai 1925 beziehen.
Die französische Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die
deutsche Regierung mit ihr in einem Punkte übereinstimmt,
nämlich die mündlichen Bemerkungen, die in dem deutschen
Aide-Memoire ausgesprochen wurden, nicht dahin aufgefaßt
werden sollen, daß sie als Vorbedingung oder Vorbehalte für
die Konferenz angesehen werden sollten.

Der Untergang von „S 51“.

New-York, 29. Sept. Trotz schwersten Seeganges wurde
durch einen Taucher die Leiche des Matrosen Gibson aus dem
Votterraum des U-Bootes „S 51“ geborgen. Es scheint, daß
die Gesichtszüge durchflutet sind und daß sich im Innern des
U-Bootes Chlorgas entwickelt hat. Den Bemerkungen eines
Täuchers ist es gelungen, eine zweite Leiche in dem gesunkenen
U-Boot festzustellen. Man hat daher endgültig die Hoffnung
aufgegeben, daß noch irgend ein Lebewesen sich in dem Boot be-
finde. Bei genauerer Untersuchung des gesunkenen Bootes hat
sich herausgestellt, daß das Boot vollständig voll Wasser gelaufen
ist. Die Untersuchung des amerikanischen Unterseeboot-
unglücks ergab, daß die Schuld der Katastrophe dem Kapitän
des Dampfers „City of Rome“ beizumessen ist. Das amerika-
nische Marineministerium hat der Flugschiffstation Newport Befehl
gegeben, sofort alle verfügbaren Flugzeuge auf die Suche nach
den Opfern des untergegangenen U-Bootes „S 51“ auszusenden.

Meinungsverschiedenheiten in Washington.

Paris, 29. Sept. Heute vormittag fand in Washington
eine Besprechung zwischen der französischen und der amerikani-
schen Schuldabordnung statt. Eine solche ist für 3 Uhr nach-
mittags (am. Zeit) angesetzt. Der „Information“ zufolge hät-
ten die Amerikaner einen Vorschlag überreicht, wonach die Jah-
reszahlungen der Franzosen mit 40 Millionen Dollar beginnen
sollten; vom 13. Jahre an würden die Zahlungen 157 Mil-
lionen betragen. Aber die neuen Forderungen würden Caillaux
ebenfalls unannehmbar erscheinen, weil für die Zahlungen an
Amerika und England 300 Millionen notwendig wären, was
nach dem gegenwärtigen Frankenkurs mehr als 6 Milliarden
Franken beträge. Ausdrücklich würden sich die Amerikaner in
ihren neuen Vorschlägen gegen die Verbindung zwischen den
deutschen Reparationszahlungen und den künftigen Zahlungen
Frankreichs wenden. Auf diese Forderung scheint Caillaux, der
„Information“ zufolge, bereits verzichtet zu haben. Auf die
„astronomischen“ Forderungen der Amerikaner wolle Caillaux sich
keinesfalls einlassen. Als Gegenstück habe er angeboten, daß die
französischen Zahlungen von 82 auf 80 Jahre ausgedehnt wür-
den, was aber Staatssekretär Mellon sofort abgelehnt habe.
Doch glaubt „Information“ an eine leichte Entspannung der
Situation in Washington.

Befegung der Bezirksgeometerstelle in Calw.

Auf die Bezirksgeometerstelle Calw ist der Bezirksgeo-
meter Pfeffer in Wadnang versetzt worden; er wird seinen
Dienst am 1. Oktober d. J. antreten.

Neuenbürg, den 28. September 1925.

Oberamt.
Lempp.

Gemeinde Dornach.

Wertzuwachssteuer.

Die Gemeinde erhebt mit Wirkung vom 1. Oktober 1925
bei den Veräußerern von in ihrem Bezirk gelegenen Grund-
stücken, deren Veräußerer das Eigentum in der Zeit vom
1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1924 erworben haben,
eine Wertzuwachssteuer. Als Steuerordnung gilt die Muster-
satzung der Ministerien der Justiz, des Innern und der Fi-
nanzen vom 30. Juli 1923 (Reg.-Bl. S. 322).

Zuständige Steuerstelle ist die Ratsschreiberei.

Den 30. September 1925.

Schultheißenamt.

Arbeits-Vergebung.

Zu den Wohnhausneubauten des Siedlungsvereins
Neuenbürg habe ich die

Installations- und Malerarbeiten sowie die elektr. Lichtanlage

zu vergeben. Die erforderlichen Unterlagen liegen am 1. und
2. Oktober auf meinem Büro, Untere Gartenstraße 67 1/2,
zur gef. Einsichtnahme auf.

Die Angebote wollen bis Dienstag den 6. Oktober,
abends 6 Uhr, daselbst eingebracht werden.

Aufschlagsfrist 10 Tage.

Neuenbürg, den 30. September 1925.

Ludwig Rest, Architekt.

Qualitäts-Möbel

Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen

in allen Holz- und Stilarten außergewöhnlich billig.
Zwanglose Besichtigung meiner großen Möbel-Ausstellung
jederzeit.

Wohnhausneubauten, Neuenbürg

Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist in den Gehöften des Jakob Engelsberger,
Landwirts in Riefen und des Christian Kögel, Landwirts
und Fuhrunternehmers in Pforzheim ausgebrochen.

Mit Ausnahme der Gemeinden Bernbach, Döbel, Enz-
lösterle, Herrenalsh, Loffenau, Neusah, Rotenol und Wild-
bach fallen sämtliche Bezirksgemeinden in den 15 Km.-Um-
kreis. Die Abhaltung von Klauenviehmärkten und markt-
ähnlichen Veranstaltungen, sowie der Handel mit Klauenvieh
ist in den Gemeinden des 15 Km.-Umkreises bis auf weiteres
verboten.

Die Landjäger und Ortspolizeibehörden werden beauf-
tragt, den Viehverkehr im Hinblick auf die große Gefahr
einer Seuchenverschleppung streng zu überwachen.

Die Tierbesitzer werden auf die bestehende Anzeigepflicht
hingewiesen mit dem Anfügen, daß die Verschweigung eines
Seuchenausbruchs oder die Verzögerung der Anzeige den
Verlust jeder Entschädigung zur Folge hat.

Neuenbürg, den 30. Sept. 1925.

Oberamt:

Lempp.

Die Gemeinde Ottenhausen erhebt vom 1. Oktober
1925 an eine

Wertzuwachssteuer

bei der Veräußerung von solchen in ihrem Bezirk gelegenen
Grundstücken, deren Veräußerer das Eigentum in der Zeit
vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1924 erworben
haben. Als Steuerordnung gilt die Musterfassung der Mini-
sterien der Justiz, des Innern und der Finanzen vom 30.
Juli 1923 — Reg.-Bl. S. 322. — Steuerstelle ist die Rat-
schreiberei.

Ottenhausen, den 30. Sept. 1925.

Schultheißenamt.

Neben allen Gattungen

Weißwaren und Aussteuerartikeln

finden Sie bei mir sämtliche Arten

Trikotagen (Unterw.)

für Damen, Herren und Kinder
in bester Qualität.

Frank

Pforzheim, Westl. 29, I. Etage.

Im Einflechten von Sesseln u. Stühlen

mit prima Rohmaterial und billigen Preisen
empfiehlt sich

Josef Kollmann, Kanalstraße 9, Pforzheim.

NB. Das Entfernen der Stuhlflüge durch einen Schreiner
und Einbindung per Post würde zu empfehlen.

Wein-Transporte

in eigenen Fässern, sowie Fuhrn aller Art erledigt
billig und schnell mit mod. Kraftwagen

Karl Berweiler, Pforzheim,
Holzgartenstr. 53, Tel. 1108.

Unterreichenbach
(Ost. Calw).

Schöne, erstklassige
Oberländer

Läufer-
Schweine,

sowie eine erstklassige
Kalbin

hat zu verkaufen
Wolff Dürr,

Gasth. z. „Deutschen Kaiser“.

Eine jüngere, 22 Wochen

trüchtige
Kug- und
Fahrruh

Gesucht zum baldmöglichsten
Eintritt ein fleißiges, kräftiges,
zuverlässiges

Mädchen

für Küche und Haushalt, etwas
Kochkenntnisse erwünscht.

Zusätzl. mit Altersangabe,
mündl. Bild, Lohnanspr. und
Zeugnisabschr. an

Gesewisser Küchner,
Gasthof zum „Hirsch“,
Gillingen i. B.

Hand-Datumstempel

für Rangieren und Büros sind
sicher lieferbar

